

**Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses  
am Mittwoch, dem 09.09.2009, im Kleinen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. A4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:55 Uhr**

			Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>		
1.	Geplante Neuorganisation des hausärztlichen Notdienstes im Kreis Warendorf - Sachstandsbericht	<b>106/2009</b>	<b>5</b>
2.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	<b>100/2009</b>	<b>6</b>
3.	Influenzapandemiemanagement des Kreises Warendorf	<b>092/2009</b>	<b>7</b>
4.	Integrationsplanung hier: Sachstandsbericht	<b>099/2009</b>	<b>8</b>
5.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 26.05.2009 zur Heimaufsicht	<b>101/2009</b>	<b>9</b>
6.	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.08.2009 "Clearingverfahren im Bereich Hilfe zur Pflege nach SGB XII"	<b>119/2009</b>	<b>12</b>
.	<b><u>II. Nichtöffentlicher Teil</u></b>		
1.	Einrichtung von Pflegestützpunkten nach § 92 c SGB XI	<b>110/2009</b>	<b>13</b>

- |           |   |                 |           |
|-----------|---|-----------------|-----------|
| <b>2.</b> | Förderung der Beratungsstelle Ahlen der Verbraucherzentrale NRW | <b>111/2009</b> | <b>14</b> |
|-----------|---|-----------------|-----------|

### **Anlagen**

- |          |  |
|----------|--|
| Anlage 1 | Reform des Notfalldienstes in Westfalen-Lippe                            |
| Anlage 2 | Bericht des Herrn Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE                   |
| Anlage 3 | "Neue Influenza" – Problemlage und Sachstand im Kreis Warendorf          |
| Anlage 4 | Integration im Kreis Warendorf   |
| Anlage 5 | Beantwortung der Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Clearingverfahren |
| Anlage 6 | Vermerk zu den Verhandlungen mit den Pflegekassen am 03.09.2009          |

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>	
Tünte-Poschmann, Hildegard	
<b>Ausschussmitglieder</b>	
Birkhahn, Astrid	
Grabenmeier, Hildegunde	
Hein-Kötter, Dorothea	
Hohmann de Palma, Ingrid	
Holz, Günter	
Hörnemann, Josef	bis 10.50 Uhr
Mors, Annette	
Schmidt, Ulrike	
Stöppel, Gregor	
Strohbücker, Josef	
Strübbe, Robert	
Wartala, Franz-Jörg	bis 10.40 Uhr
Wördemann, Christiane	
<b>von der Verwaltung</b>	
Börger, Heinz Dr.	
Klausmeier, Brigitte	
Schabhüser, Helmut	
Schulte-Sienbeck, Verena	
Schulze-Kalthoff, Norbert Dr.	
Strickmann, Friedrich	
Uhkötter, Richard	
<b>Gäste</b>	
Nierhoff, Rainer	
Wapelhorst, Peter	

**Es fehlten entschuldigt:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Steiner, Hans-Rüdiger

Frau Tünste-Poschmann eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Sozialausschuss mit Einladung vom 27.08.2009 form- und fristgerecht einberufen wurde.

**I. Öffentlicher Teil**

<b>1.</b>	<b>Geplante Neuorganisation des hausärztlichen Notdienstes im Kreis Warendorf - Sachstandsbericht</b>	<b>106/2009</b>
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Nierhoff, Bezirksstellenleiter der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL), u.a. für den Kreis Warendorf zuständig, teilt mit, dass die Neuorganisation des hausärztlichen Notdienstes in Westfalen-Lippe seit 2004 geplant sei. Über den aktuellen Stand zur geplanten Neuorganisation berichtet er anhand einer Präsentation (Anlage 1).

Herr Dr. Nierhoff betont, dass jeder Patient auch zukünftig weiterhin das Krankenhaus seiner Wahl aufsuchen könne, dieses könne und solle nicht verhindert werden. Wichtig sei, dass ein lückenloses Netz vorgehalten werde. Es sei erforderlich, den Kreis Warendorf in 4 Notdienstbezirke aufzuteilen. Dieses Konzept trage den Verkehrsverbindungen Rechnung. Der Notfalldienst werde nach der Neuorganisation aus einem Ärztepool vorwiegend aus Allgemeinmedizinern gebildet. Hinzu kämen Ärzte, die den Notfalldienst als Zusatzverdienstmöglichkeit nutzen werden.

Frau Mors dankt Herrn Dr. Nierhoff für seinen Bericht, hält jedoch eine Beschleunigung des Verfahrens für die Umsetzung der Neuorganisation seitens KVWL und Ärztekammer für erforderlich.

Herr Dr. Schulze Kalthoff ergänzt, dass demnächst durch die einheitlichen Notrufnummern 112 und 19292 die Übersichtlichkeit für die Bürger steigen werde.

Frau Tünte-Poschmann dankt Herrn Dr. Nierhoff für seinen Bericht.

<b>2.</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht</b>	<b>100/2009</b>
-----------	--	-----------------

Herr Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE SGB II im Kreis Warendorf, erläutert die

- Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften
- Entwicklung der Hilfeempfänger und erwerbsfähigen Hilfeempfänger
- Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden
- Zielvorgabe 2009
- Erwartungswerte 2009
- Zielerreichung 2009 – Passive Leistungen
- Zielerreichung 2009 – Leistungen für Unterkunft
- Leistungen für Unterkunft je hilfsbedürftiger Person
- Zielerreichung 2009 – Integrationen
- Zielerreichung 2009 – Langzeitbezug vermeiden

anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 2).

Herr Wapelhorst ergänzt, dass der Zuwachs bei den Bedarfsgemeinschaften durch die wirtschaftliche Krise bedingt sei.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass die Regionaldirektion Düsseldorf bis Ende 2009 für den Kreis Warendorf 9.500 Bedarfsgemeinschaften prognostiziert. Sollte diese Prognose eintreten, wird es zu erheblichen Mehrausgaben bei den Kosten der Unterkunft und Heizung kommen.

Frau Tünte-Poschmann dankt Herrn Wapelhorst für seine Ausführungen.

**3. Influenzapandemiemanagement des Kreises Warendorf****092/2009**

Herr Dr. Schulze Kalthoff berichtet anhand einer Präsentation (Anlage 3) über die aktuelle Lage und über den Stand der Vorsorge bzw. der bislang eingeleiteten Maßnahmen zur "Neuen Influenza" im Kreis Warendorf.

Frau Mors fragt nach, ob die Verteilung von Flyern durch die Landesregierung zum Schuljahresbeginn ausreichend gewesen sei für die Schulen.

Herr Dr. Schulze Kalthoff teilt mit, dass die Schulen schriftlich zur "neuen Influenza" informiert worden seien. Das Gesundheitsamt habe für Fragen zur Verfügung gestanden. Außer speziellen Fragen habe es keine Rückfragen gegeben.

Von der Influenza betroffene Schüler sollten zu Hause bleiben.

Es erfolge die Information an Eltern, Schüler und Schulleitungen. Die anfänglich strengen Quarantänevorschriften konnten gelockert werden.

Herr Dr. Schulze Kalthoff erläutert, dass die vorbeugenden Maßnahmen der Krankenhäuser unabhängig vom Grippetypus immer gleich seien.

<b>4.</b>	<b>Integrationsplanung hier: Sachstandsbericht</b>
-----------	--

<b>099/2009</b>
-----------------

Frau Schulte-Sienbeck berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 4) über Planungsprozess zur Integration im Kreis Warendorf. Sie teilt mit, dass das Ergebnistelegamm 2008 im Internet veröffentlicht sei.

Frau Schulte-Sienbeck weist auf die breite Bürgerbeteiligung durch Planungsgruppen, Bürgergruppen und Integrationsforen hin.  
Bis Januar 2010 solle in jeder Stadt des Kreises ein Integrationsforum durchgeführt werden.

Herr Hörnemann lobt das besondere Engagement der Beteiligten für das Integrationsprojekt der Stadt Warendorf.

<b>5.</b>	<b>Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 26.05.2009 zur Heimaufsicht</b>	<b>101/2009</b>
-----------	---	-----------------

Herr Strohbücker weist vor Erläuterung des Antrages der FDP-Kreistagsfraktion darauf hin, dass er nicht die Arbeit der Kollegen der Heimaufsicht bemängeln wolle. Dennoch sei es wichtig, positive Ergebnisse der Heimbegehungen stärker herauszustellen.

Herr Strickmann nimmt ausführlich zu allen im Antrag angesprochenen Punkten Stellung.

- Das Prüfverfahren der Heimaufsicht des Kreises Warendorf wird nicht vom MDK durchgeführt, sondern es wird eine eigenständige Prüfung unabhängig vom Prüfverfahren des MDK durchgeführt.
- Umfassende Qualitätsorientierung der Prüfverfahren

Die 28 vollstationären Senioreneinrichtungen im Kreis Warendorf werden einmal jährlich durch die Heimaufsicht unangemeldet überprüft. Dabei werden die Prüfungen keinesfalls defizitorientiert durchgeführt, sondern umfassen im Sinne einer umfassenden Qualitätsorientierung auch die Leistungen eines Heimes im Bereich des Karitativen und Humanitären.

Diese Leistungen im Bereich des Karitativen und Humanitären zeigen sich u. a. in den Befragungen der Bewohner: Es wird erfragt, ob die Mitarbeiter freundlich/höflich zu den Bewohnern sind, ob Wünsche/Erwartungen berücksichtigt werden, ob die Privatsphäre respektiert wird oder die Pflege nach den Wünschen der Bewohner durchgeführt wird.

Des Weiteren werden die Bewohner dazu befragt, ob die Betreuungsangebote ihrem Interesse entsprechen, ob noch Wünsche zur Betreuung vorhanden sind und ob die Bewohner mit dem seelsorgerischen Angebot in der Einrichtung zufrieden sind.

Die Antworten geben Aufschluss darüber, wie die Einrichtung mit ihrem karitativen und humanitären Auftrag umgeht.

Ein weiterer Teil einer Überwachung nach § 18 WTG besteht aktuell darin, sich unmittelbar zu Beginn der Prüfung 10% der Bewohner direkt anzusehen. Durch die Inaugenscheinnahme der Bewohner lässt sich auch feststellen, inwieweit die Einrichtung ihrem humanitären Auftrag gerecht wird.

Anhand der Pflegeplanungen wird überprüft, an welchen Aktivitäten die Bewohner teilnehmen. Dabei wird festgestellt, ob die beschriebenen Angebote tatsächlich durchgeführt werden. Gleiches gilt für Angebote für bettlägerige Bewohner.

Positive Ergebnisse sowohl aus den Befragungen als auch den Inaugenscheinnahmen sind immer in den Prüfberichten dargestellt worden.

- Zufriedenheit der Bewohner, der Angehörigen, der Mitarbeiter und ehrenamtlich Tätigen

Bei den aktuell durchgeführten Überprüfungen werden 10% der Bewohner zu ihrer Zufriedenheit befragt. Dazu kommt noch eine Befragung der Mitglieder der jeweiligen Beiräte. Bei den Prüfungen konnten bisher gute bis sehr gute Ergebnisse ermittelt werden, die auch in den Prüfberichten dargestellt werden. Eine Befragung der Angehörigen war bislang nicht Bestandteil der Prüfung durch die Heimaufsicht, da primär die Zufriedenheit der Bewohner im Vordergrund stand.

Mit Blick auf den in Zukunft geltenden landesweit einheitlichen Prüfkatalog wurden bei den letzten beiden Überwachungen auch ca. 10% der Angehörigen befragt.

Der landesweit einheitliche Rahmenprüfkatalog, der voraussichtlich ab Herbst 2009 Anwendung findet, sieht eine Ausweitung der Gespräche auf Ehrenamtliche, Fachkräfte, weitere Beschäftigte, die Pflegedienstleitung, die Einrichtungsleitungen und die Leitung des sozialen Dienstes vor. Ein prozentualer Umfang ist dabei allerdings nicht vorgeschrieben.

Die Befragung der genannten Personen erfolgt in den 8 Kategorien

- Auswahl der Betreuungseinrichtung
- Essen und Trinken
- Wohnqualität der Betreuungseinrichtung
- Wohnqualität der Zimmer
- Gemeinschaftsleben und Alltagsgestaltung
- Personelle Ausstattung der Betreuungseinrichtung
- Pflegerische und soziale Betreuung
- Bewohnerrechte und Kundeninformation

Eine Befragung in Sachen Zufriedenheit durch eine unabhängige Stelle würde m.E. eine zusätzliche Prüfung darstellen. Abgesehen davon, wer die "unabhängige Stelle" sein wird, sollte den Heimbewohnern sowie den Einrichtungen eine weitere Prüfung nicht zugemutet werden.

Dass den Beschäftigten in der Altenpflege seitens der Heimaufsicht oftmals mit Misstrauen begegnet wird – wie die FDP-Fraktion aus Rückmeldungen durch betroffene Einrichtungen in Erfahrung gebracht hat – kann nicht nachvollzogen werden. In keinem bisher durchgeführten Abschlussgespräch ist dieser Vorwurf thematisiert worden.

Der Vorwurf, dass Dokumentationsarbeiten wichtiger seien als Menschlichkeit und Fürsorge, kann vor dem Hintergrund der durchgeführten Befragungen und Inaugenscheinnahmen nicht nachvollzogen werden.

Dass jedoch eine Pflegeplanung aussagekräftig sein sollte und der Bewohner darin wiederzuerkennen sein muss, stellt auch eine Anforderung des neuen landesweiten Prüfkataloges dar. Zudem geht es bei der Dokumentationsüberprüfung auch immer um den wichtigen Teil der ärztlichen Anordnungen und deren Umsetzung.

Herr Strickmann ergänzt, dass bei den Heimbegehungen die Teilnahme am Mittagessen mit den Bewohnern neu eingeführt wurde. Die Teilnahme diene zur Prüfung der Qualität des Essens und zur Führung von Gesprächen mit den Bewohnern.

Frau Birkhahn betont, dass mit der Einstellung einer Pflegefachkraft die Heimaufsicht gut aufgestellt sei. Der Prüfungsumfang sei durch das Land NRW vorgeschrieben.

Frau Mors bedankt sich bei Herrn Strickmann und weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion hinter der Arbeit der Heimaufsicht stehe. Sie gibt zu bedenken, dass das Verhältnis Pflegekräfte / Bewohner zu knapp bemessen sein.

Frau Klausmeier zitiert Passagen aus dem Bericht der Heimaufsicht, in denen auch Positives herausgestellt werde.

Herr Stöppel bringt deutlich zum Ausdruck, dass der Antrag der FDP-Kreistagsfraktion abzulehnen sei, da die Situation nicht so negativ sei wie im Antrag dargelegt. Insbesondere der Vorwurf, dass den Beschäftigten in der Altenpflege oftmals mit Misstrauen begegnet werde, könne ohne Nennung von Hintergründen nicht akzeptiert werden.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass die Ergänzung der Heimaufsicht durch Einstellung einer Pflegefachkraft neben der Verwaltungskraft schon viele positive Rückmeldungen von Heimleitern erbracht habe. Er selbst höre bei seinen Besuchen in den Einrichtungen nur Positives.

Auch sei aus der Pflegekonferenz, zu der auch Heimleiter gehören, noch keine negative Kritik zur Heimaufsicht geäußert worden.

Herr Strohbücker zieht den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion zurück.

<b>6.</b>	<b>Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 15.08.2009 "Clearingverfahren im Bereich Hilfe zur Pflege nach SGB XII"</b>	<b>119/2009</b>
-----------	--	-----------------

Frau Mors erläutert, dass die Anfrage der SPD-Fraktion aus Rückmeldungen von Bürgern resultieren.

Frau Klausmeier beantwortet die Anfrage (Anlage 5).

Frau Tünte-Poschmann schließt die Sitzung um 11.55 Uhr.

Hildegard Tünte-Poschmann  
Vorsitz

Schriftführer